

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Marburger Bürgerinnen und Bürger,

seitens des Deutschen Gewerkschaftsbundes darf ich Sie bzw. Euch ganz herzlich zur diesjährigen Mai-Kundgebung in Marburg begrüßen!

Ich begrüße besonders herzlich und immer wieder gerne die Beschäftigten des Universitätsklinikums, die auch im zurückliegenden Jahr wieder einmal gezwungen waren, für ihre Interessen nach besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen vor das Hauptportal und auf die Straße zu gehen! Herzlich willkommen und fühlt euch umarmt! Erst recht, nachdem am 2. April zu lesen war, dass der Gesamtumsatz der Rhön-Kliniken um 40 % gesteigert werden konnte. Was würden die Aktionäre wohl sagen, wenn ihr mit einer Tarifforderung um die 40 % aufschlagen würdet?

Ein besonderer Gruß der Solidarität soll den Kolleginnen und Kollegen gelten, die tagaus-tagein in den Pflege- und Kinderbetreuungseinrichtungen ihren verantwortungsvollen Dienst leisten – immer noch unter unfairen Bezahlungs - und Arbeitsbedingungen. Nehmt dies bitte als Versprechen mit: Wenn euer Kampf wieder aufgenommen wird, dürft Ihr euch unserer aller Solidarität sicher sein! Versprochen ist versprochen!

Ein besonderer Gruß soll an die Kolleginnen und Kollegen aus der Metallbranche, insbesondere der Firma Winter gehen. Mit einem in

Zukunft natürlich trotzdem noch ausbaufähigen Tarifabschluss habt ihr in eurem Arbeitskampf im vergangenen Jahr das Thema Arbeitszeitverkürzung wieder für alle zum Thema gemacht. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, gebührt euch unser großer DANK!

Ich will auch die Kolleginnen und Kollegen der Polizei grüßen, die hier in Marburg sicher einen freundlichen 1. Mai erleben! Woanders in dieser Republik sind eure Kollegen im Einsatz, um faschistische Überfälle auf unsere Kundgebungen abzuwehren! Dafür verdient ihr Respekt und Dank! Auch wenn manche in euren Reihen in der jüngsten Vergangenheit für Negativ-Schlagzeilen in Sachen Abgrenzung zum Rechtsradikalismus gesorgt haben. Dennoch – auch euch - ein herzliches Willkommen!

Mein nächster 1.Mai-Gruß gilt den Rosenpflückerinnen in Ecuador, die ihre Gesundheit dafür ruinieren, dass sie im Auftrag ihrer Ausbeuter auf vergifteten Feldern Blumen für den europäischen und nordamerikanischen Blumen-Markt für den Valentinstag und den Muttertag pflücken! „Brot und Rosen“, das Motto der gewerkschaftlich orientierten Frauenbewegung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat für diese Gruppe und Kämpferinnen der Arbeiterklasse einen ganz bitteren Beigeschmack!

Ich grüße die Ryan-Air-Beschäftigten, die in einem beispiellosen, europaweit geführten Streik dem Ausbeuter O'Leary auf dem neoliberal entfesselten Fliegermarkt endlich, endlich einmal eine erste Grenze aufgezeigt haben!

Ich grüße die französischen „Gelbwesten“ - ausgenommen diejenigen unter den Gelb-Westen, die als „Nationalisten“ der Le-

Pen-Bewegung den Unmut der Menschen über eine weitere neoliberale „Entfesselung“ des Kapitalismus auf ihre rechtsradikale Mühlen leiten wollen. Allen anderen, die sich zu Recht gegen einen weiteren Sozialabbau wehren, gilt unser solidarischer Mai-Gruß!

Ich grüße die verzweifelten Stahlkocher im nordamerikanischen „Rost-Gürtel“, die es möglicherweise in der Hand haben, den Blender und Lügner, Frauengrapscher und Presseverächter, den Waffenfreund und Dumpfbacke, den Gewerkschaftsfeind und Multi-Milliardär Trump, dem die Kollegen vor zwei Jahren möglicherweise noch zum Wahlsieg verholfen hatten, nun bald eine krachende Niederlage bereiten können. Es bleibt uns und euch die Erkenntnis aus der „Internationalen“: „Es rettet uns kein höh'res Wesen! ... Uns aus dem Elend zu erlösen, müssen wir schon selber tun!“

Ich grüße alle für eine gutes Klima streikenden SchülerInnen, die sich trotz aller Kritik von Konservativen nicht von ihrem Engagement für eine radikale Kehrtwende in der Klimapolitik abhalten lassen. Lasst euch nicht einschüchtern, empört euch weiterhin, denn euer Protest hat ansteckende Wirkung! Wenn man bedenkt, wie viele Stunden Unterrichtsausfall von einer falschen Bildungs- und Personalpolitik zu verantworten sind, dann ist euer Protest geradezu eine herausragende Tat der Zivilcourage und verdient unseren größten Respekt! Euch – aber nicht nur euch - widme ich eine Strophe aus Hannes Waders Lied „Was keiner wagt“:

„Was keiner wagt, das sollt ihr wagen.

Was keiner sagt, das sagt heraus!

Was keiner denkt, das sollt ihr denken!

Was keiner anfängt, das führt aus!“

Ich grüße die Freunde und Freundinnen des Wagenplatzes „Gleis X“, die immer noch auf der Suche nach einem geeigneten Platz für ihr Projekt suchen und die man in Cappel nicht haben wollte! Euch – ein herzliches Willkommen!

Ich grüße die erfolgreich protestierenden Mieterinnen und Mieter vom Richtsberg! Erinnern will ich dabei, dass es weder nach der Hessischen Verfassung noch nach dem Grundgesetz verboten ist, Eigentümer, die nicht zum Wohle aller mit ihrem Besitz agieren, zu enteignen. Und falls sich jetzt schon manche dieser Großkopferten über die „angemessene Entschädigungssumme“ bei einer Enteignung freuen sollten, sage ich: von dieser Entschädigungssumme ziehen wir noch eure bisherigen Profite ab, dann dürft ihr die Augen schließen, und das, was ihr dann noch seht und was dann noch übrig bleibt, - das kriegt ihr. Das dürfte dann allerdings nicht mehr allzu viel sein.

Die Reihe meiner Mai-Grüße könnte ich unendlich fortsetzen, aber nicht zuletzt soll ein ganz besonderer Gruß der Solidarität unsere Kolleginnen und Kollegen auf der Großbaustelle des Istanbuler Flughafens erreichen! Unsere türkische Partnergewerkschaft hat uns vor einigen Wochen in Marburg besucht und uns berichtet, unter welchen katastrophalen Arbeits-, Bezahlungs- und Lebensbedingungen die dort arbeitenden Menschen schufteten. Mehrere Dutzend tödlicher Arbeitsunfälle im letzten Jahr zeugen davon, dass die Baustelle eher einem Friedhof gleicht. Unsere Gewerkschaftskollegen sprachen von „Arbeitsmorden.“ Grundlegende Sicherheitsstandards werden ignoriert, Streiks gegen Missstände werden brutal verfolgt und mit drastischen Gefängnisstrafen geahndet, sofern überhaupt ein Prozess stattfindet; unsere Kollegen

berichteten, dass einzelne Streikführer und Streikführerinnen erst nach monatelanger Recherche in irgendeinem Gefängnis gefunden werden konnten.

Die Abschaffung solcher Missstände, mein lieber Mesut Özil, könntest du deinem Hochzeitsgast Erdogan mal mit der gleichen Öffentlichkeitswirkung nahelegen, wie du ihn als „deinen Präsidenten“ huldigst. Unabhängig davon, lieber Mesut, dass du wissen sollst, dass ich den shit-storm, der dich nach dem WM-Aus der deutschen Nationalmannschaft ereilte, rassistisch und scheinheilig und deshalb auch zum Kotzen fand!

Liebe Marburgerinnen und Marburger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die türkischen Mitglieder brauchen unsere Solidarität! Und deshalb hat der Marburger DGB-Kreisverband einer türkischen Partnergewerkschaft eine Patenschaft angetragen, damit die Welt von all den Sauereien erfährt und damit wir durch unsere Solidarität unseren Teil dazu beitragen, dass nichts und niemand dem Schweigen der Erdogan-Autokratie zum Opfer fällt, - und vor allem, dass sich das nicht wiederholt, was die Kollegen berichteten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr seht an der Vielzahl der Begrüßungsadressaten, dass der diesjährige 1. Mai nicht nur wegen der anstehenden Europa-Wahl und wegen des gewählten Mottos „Europa - jetzt aber richtig!“ internationalen Charakter trägt.

Das hatte der 1. Mai schon immer! Für Gewerkschaften war und bleibt der 1. Mai ein internationaler Kampftag!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich will an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung unterbringen: Das Mai-Motto selbst hat mich, was meine prinzipielle Teilnahme am Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung betrifft, noch nie in besonderer Weise motiviert oder gar abgehalten. „Zum 1. Mai geht man hin!“ Mit diesem Grundsatz bin ich groß geworden. Den 1. Mai als freien Feiertag in Bierlaune zu begehen, ist mir aufgrund meiner Erziehung und Erfahrung wesensfremd. Aber bei dem diesjährigen 1. Mai-Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“ habe ich zum ersten Mal so richtig gestutzt! Ich habe mich gefragt, was sich mein DGB-Bundesvorstand denn dabei gedacht haben könnte, als er diesen Slogan beschloss.

Nun - „Europa“ bzw. die „Europäische Union“ ist ja nicht uneingeschränkt ein - aus Arbeitnehmer-Sicht – ausschließlich positiv zu nennendes Erfolgsmodell.

So sehr es seiner Zeit zu begrüßen war, dass die Beendigung der Jahrzehnte lang gepflegten sog. „Erbfeindschaft“ zwischen Frankreich und Deutschland ein Europa des Friedens seinen Ausgang nehmen sollte, so war dieser lange Einigungsprozess aber eben nicht nur eine friedliche oder sozial wohlausgewogene Angelegenheit. Das in der EU für viele Jahre aufgepeppelte Konzept der „Festung Europa“ diente vor allem dazu, an die Stelle der ausgrenzenden Nationalstaatlichkeit der Völker eine kontinentale Ausgrenzung zu setzen. Flüchtlinge aus vielen Ländern dieser Erde sollten an den Außengrenzen von militärischen Einheiten

„abgefangen“ und zurückgewiesen werden. Aber warum? Warum sollten wir es in einer globalisierten Welt, in der wir in nur wenigen Flug-Stunden entfernt an fast jedem beliebigen Ort „Urlaub“ machen können, in der die Kapital- und Aktienbörsen im Sekundentakt Aber-Milliarden Dollars oder Euros hin- und herschieben, - warum sollte es logisch sein und warum sollten wir es hinnehmen, dass Menschen, die auf unsere Solidarität und auf unser Mitgefühl angewiesen sind, im Wortsinne „ausgegrenzt“ werden?

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein solches Konzept der Abschottung und der „Festung Europa“ lehnen wir strikt ab! Ein solidarisches Europa der Völker muss weltoffen sein!

Ich zitiere aus Carl Zuckmayers „Des Teufels General“:

„Der schillernd bunte Strom der Geschichte ist breiter und größer als nationale Thümelei uns weismachen will. Nicht die Deutschen und die Franzosen haben ihn mitunter blutrot gefärbt, sondern Mächte und wechselnde Interessen. Eine Erbfeindschaft daraus abzuleiten, war ein Instrument dieser Mächte – mit fatalen Folgen. Soll dieser Unsinn doch für immer in den Tiefen dieses schönen Stroms inmitten Europas untergehen und so unauffindbar bleiben wie das Rheingold der Nibelungen.“

Das, was Zuckmayer „Mächte und wechselnde Interessen“ nennt, sollten wir uns unter aktuellen Bedingungen mal genauer anschauen! Zuckmayer wusste noch nichts von einer „Bolkestein-Doktrin“, - und auch heute müssen wir daran erinnern, was diese Doktrin bedeutete: Ausschreibungen der öffentlichen Hand sollten a.) europaweit erfolgen und b.) dem preiswertesten Anbieter

zugeschlagen werden. c.) Es sollte die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen voran getrieben werden. Kurzum: der sog. Europäische Binnenmarkt ist neoliberal umgestaltet worden, gesetzliche und tarifliche Standards wurden aufgeweicht, Lohn-Dumping wurde die Königsdisziplin, ein Unterbietungswettbewerb ist entfesselt werden, - und der europäische Musterknabe Deutschland wurde zum Pace-Maker des entfesselten Kapitalismus! Ein geradezu verbrecherisch zu nennendes Sub- Sub- Subunternehmertum breitete sich wie eine Seuche aus. Das Leiharbeitnehmertum explodierte. Vielen ausländischen Arbeitnehmern wurden die Pässe abgenommen und ein Teil des Lohns wurde für die Unterkunft in Baracken einbehalten. In Deutschland entstand ein Prekariat. Ein Viertel aller in Deutschland Arbeitenden lebt in prekären Verhältnissen, in Armut oder hart an der Armutsgrenze; und es ist dabei vollkommen unerheblich, ob es sich dabei um polnische, bulgarische oder um deutsche Kolleg*Innen handelt. Insgesamt sind in der EU ca. 21 Millionen Menschen arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit in manchen südlichen Mitgliedsländern erreicht die 50-%-Marge! Der Kapitalismus macht da keine Unterschiede, so lange die Renditen und die Profite stimmen! Das ist ein ebenso bedauerlicher- wie realistischerweise ein wesentlicher Teil des tatsächlichen Zustands in der Europäischen Union.

Ich stelle also fest, liebe Kollegen und Kolleginnen, dass zwischen dem Anspruch der EU, eine internationale Einheit auf gesichertem, hohem sozialen Niveau zu sein, und der Wirklichkeit eine große Lücke klafft! Und die gleiche Kluft besteht in der Frage der Steuergerechtigkeit:

so lange es EU-Mitgliedsländer gibt, die als „Steuerparadiese“ und „Fluchtoasen“ Unternehmensgewinne abschöpfen, die in anderen

EU-Ländern erarbeitet wurden, düngt man den Nährboden der Unzufriedenheit, in der die nationalistischen Bewegungen in fast allen Ländern gedeihen können.

Ferner:

Laut einer Studie der University of London, die von den sozialdemokratischen Parteien des Europa-Parlaments in Auftrag gegeben wurde, werden in der EU insgesamt 825 Milliarden Euro jährlich durch Betrug dem Fiskus entzogen. In Italien sind es 190 Milliarden, in Deutschland 125 Milliarden, in Frankreich 117 Milliarden. Diese Werte werden in einem FR-Artikel vom 27. Januar 2019 genannt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

man fragt sich natürlich, woran liegt es denn, dass die Vermögenden in der EU noch zusätzlich durch Betrug ihren Gewinn vergrößern wollen? Reichen ihnen die legalen Steuersenkungen der letzten Jahre nicht? Der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer sank von 53 % zunächst auf 42 % im Jahre 2005; er stieg auf 45 % im Jahre 2014. Die Kapitalertragssteuer sank von 53 % auf 25 %. Die Körperschaftssteuer sank von 45 % auf ebenfalls 25 %. Die Körperschaftsteuern bei Veräußerungsgewinnen sank von 45 % auf Null!

2011 meldete sich der amerikanische Milliardär Warren Buffet mit einer Kampagne „Besteuert uns!“ zu Wort. Von seinem beträchtlichen Milliardenvermögen müsse er lediglich 17,4 % versteuern, während seine Angestellten im Schnitt 36 % ihres Einkommens zu versteuern hätten.

Nachdem die französische L'Oreal-Erbin Liliane Bettencourt sich dieser „Besteuert-Uns-Kampagne!“ angeschlossen hatte, wurde sie sie auf Betreiben ihrer Familie - also der Erben - entmündigt und unter Vormundschaft gestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mit diesen kritischen Anmerkungen zur EU keineswegs eine pauschale radikale Verurteilung des europäischen Einigungsgedankens oder auch des EU-Rechts verbinden. Denn es gibt auch positive Gegenbeispiele; ich will hier nur zwei dieser Gegenbeispiele nennen:

Ohne das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte aus dem Jahre 1995, das später in eine EU-Richtlinie mündete, wäre die kommunistische Lehrerin Daniela Vogt, eine ehemalige Marburger Studentin, heute noch eines der Opfer des unsäglichen bundesdeutschen Radikalenerlasses und mit Berufsverbot belegt. Was in fast allen anderen europäischen Ländern wie Spanien, Portugal, Griechenland, Italien, Frankreich als normal gilt, nämlich dass man im öffentlichen Dienst durchaus auch als Kommunist oder Kommunistin z.B. Briefe austragen, Kinder unterrichten, Bus fahren, kurzum: gute Arbeit verrichten kann, wurde in Deutschland erst durch eine EU-Richtlinie nach Jahrzehnte währenden Kampfes endlich korrigiert.

Ich will, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres, positives Beispiel für die EU nennen. Denn gerade die Positiv-Beispiele gehen in der Diskussion um „die EU“ gerne unter. Denn manchmal entstand in den EU-kritischen Diskussionen der Eindruck, als säßen

in Brüssel und Straßburg lediglich ausgebrannte Bürokraten zusammen, die in ihrer Langeweile nichts anderes zu tun hätten, als über den Krümmungsgrad von Salatgurken zu sinnieren.

Ich erinnere an die EU Arbeitszeitrichtlinie „Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit“ aus dem Jahr 2003 bzw. in aktualisierter Form aus dem Februar 2018. Diese Richtlinie beendete die in Deutschland bis dahin unsägliche Praxis, wonach z.B. hunderttausenden von Polizist*Innen, Krankerpfleger*innen, Feuerwehrleute, ErzieherInnen ihre Bereitschaftsdienstzeiten nicht auf ihre Wochenarbeitszeiten angerechnet wurden. Diese EU-Richtlinie hatte massive, und zwar positive Auswirkungen auf Pausenansprüche in Gestalt freier Tage oder auf Freizeiten zwischen zwei Schichten. Das EU-Recht ist zuweilen auch ein Impulsgeber für die Umsetzung in nationales Recht. Das sollten wir begrüßen und nicht pauschal ablehnen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Viele von uns hätten wahrscheinlich weniger politische Bauchschmerzen mit dieser EU, wenn es nicht mindestens zwei weitere Faktoren gäbe, die uns eine uneingeschränkte Zustimmung erschweren bzw. versagen: Da ist 1.) die siamesische Zwillingsschwester der EU, die NATO, und damit die zunehmende Militarisierung nationaler und internationaler Konflikte. Auf dem Territorium der EU lagern 180 abschussbereite Atomraketen der NATO. In Büchel in Rheinland-Pfalz sind 20 Raketen eingelagert. Jede einzelne Rakete besitzt das 13-Fache Vernichtungspotential der einstigen Hiroshima-Bombe. In Hiroshima sind 200 000 Menschen ermordet worden. Legt man diese Zahl zugrunde, hat allein diese atomare Sprengkraft der NATO das mörderische Potential 468 Millionen Menschen umzubringen. Diesem Wahnsinn

muss ein Ende bereitet werden! Wir wollen ein wirklich friedliches, ein abgerüstetes Europa!

Das legendäre Versagen der EU und der NATO, als die einst friedlich-schiedlich miteinander lebenden Ethnien und Religionen im ehemaligen Jugoslawien vom nationalistischen Hass angestachelt aufeinander losgingen, mag dafür als Beispiel dienen. Und wer sich heute einmal die Landkarte der EU-Länder anschaut und diese mit der EU von vor 20 Jahren vergleicht, - der muss kein Putin-Freund sein, um festzustellen, dass der Expansionsdrang und -wille in Richtung Russland keine Friedensoffensive darstellt, sondern dort – in Russland - auch als Bedrohung empfunden werden kann. Und das alles trägt das Potenzial einer weiteren sich zuspitzenden militärischen Auseinandersetzung. Das Friedensprojekt EU hat bestenfalls Gültigkeit für das Binnenverhältnis der ehemaligen West-Mächte, aber die Gefahr, dass sich der autoritär-oligarchische Kapitalismus der Länder der ehemaligen Sowjet-Union und der neoliberal entfesselte Kapitalismus des einstigen Westens beim Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte militärischer Mittel bedienen, ist noch längst nicht gebannt.

Der Schweizer Soziologe und ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung Jean Ziegler beschreibt die Verhältnisse in seinem Buch „Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin“ wie folgt. Ich zitiere aus dem FR-Interview: „Die Weltkonzernndiktatur, die Oligarchien des internationalen Finanzkapitals plündern überall die Rohstoffe und die Nahrungsmittel. 52,8 % des Weltbruttosozialprodukts werden von 500 Konzernen erwirtschaftet. ... 2017 besaßen die 85 reichsten Milliardäre der Welt so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit.

Alle 5 Sekunden verhungert ein Kind unter 10 Jahren. ... Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet. Wir leben in einer kannibalischen Weltordnung!“

Zitat Jean Ziegler - Ende.

Eine „kannibalische Weltordnung!“ - so drastisch muss man es formulieren, wenn man den Hunger in der Welt kritisiert und wenn man gleichzeitig feststellen muss, dass bereits die vorhandenen Nahrungsmittel 12 Milliarden Menschen bei gerechter Verteilung und bei fairen und gerechten Produktionsbedingungen ernähren könnten!

Was Jean Ziegler „kannibalisch“ nennt, bezeichnet der zuständige IG Metall-Chef Klaus Abel im Zusammenhang mit der Produktionsverlagerung des Weltmarktführers für die Herstellung von Nutzfahrzeuggbremsen und Zugbremsen „Knorr-Bremse“ als „asozial“.

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

ich kann in dieser Mai-Rede nicht die Details des Konfliktes bei „Knorr-Bremse“ darstellen; ABER es geht in dieser Firma um genau das, was uns in vielerlei Erscheinungsformen innerhalb der EU die ZWEITEN GROSSEN Bauchschmerzen bereitet: Verlagerung der Produktion, Tarifflicht, Erpressung und Spaltung der Belegschaft in zwei Lager: die einen, die tarifgebunden in einer 35-Stunden-Woche arbeiten, und die anderen, die angeblich „freiwillig“ eine 42-Stunden-Woche schieben. Das alles ist unter geltendem Arbeitsrecht formal gesehen legal, aber umstritten.

Aber wäre es nicht eine lohnenswerte Aufgabe der

Bundesregierung, in der EU darauf hinzuwirken, dass diese „asoziale Unternehmenspolitik“ nach EU-Recht schlicht und ergreifend verboten ist?

Dass es also gar nicht mehr „umstritten“ sein kann?

Wäre das nicht eine bessere EU als die, die wir zur Zeit haben?

Ich will, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Beispiele für eine fatale gesellschaftliche Fehlentwicklung nennen; und weil unser Mai-Motto lautet: „EU – jetzt aber richtig!“ sind es Beispiele aus dem internationalen Bereich; einmal aus dem EU-Nachbarland Türkei, einmal aus Italien und eines aus Deutschland. Ich könnte sie um ein aberduztend Beispiele aus dem nationalen Rahmen ergänzen; es sind

- der Bau der Bosperos-Brücke in Istanbul als DAS Paradebeispiel eines in Private-Public-Partnership erbauten Projektes und
- der Versuch von MacDonald in der Alt-Stadt von Florenz eine Filiale zu eröffnen und
- die Vattenfall-Entschädigung

Im Fall der Bosperus-Brücke waren zähe Verhandlungen über die Finanzierung des Projekts vorausgegangen. Um die Kosten von drei Milliarden Dollar zu finanzieren, musste das türkische Schatzamt eine Garantie an die beiden Bauunternehmen und künftigen Betreiber, Ictas aus der Türkei und Astaldi aus Italien, für den Fall abgeben, dass die Mauteinnahmen unter den Zielvorgaben bleiben sollten.

Als der erwartete Profit ausblieb, senkte der Brückenbetreiber die Maut; als erneut der dann erwartete Zustrom ausblieb, übernahm wiederum die öffentliche Hand die „Deckung“ des noch größeren

Profit-Defizits. Heute zahlt der türkische Steuerzahler ein mehrfaches dessen, was bei eigenständigem Brückenbau angefallen wäre. Da ich mir Zahlen schlecht merken kann, kann ich euch die genaue Zahl nicht nennen, aber es handelt sich jährlich um viele Millionen Euros pro Jahr.

Das zweite Beispiel „MacDonald in der Florentiner Alt-Stadt“ ist genauso erhellend. Hier allerdings müssen wir das umstrittene TTIP-Abkommen mit in die Berücksichtigung nehmen.

Den Fall schildert „der Spiegel“. Ich zitiere:

„Big Mac statt Quattrocento biscotti? Chicken McNuggets statt Bistecca Fiorentina? Nicht in meiner Stadt, dachte sich wohl Dario Nardella. Im Juni hatte der Bürgermeister von Florenz sich nach Beschluss im Florentiner Kommunalparlament geweigert, McDonald's die Genehmigung für eine neue Filiale in seiner Stadt zu erteilen. Der US-Konzern hatte es sich doch tatsächlich in den Kopf gesetzt, die Fließbandbuletten ausgerechnet am berühmten Piazza del Duomo, dem Domplatz, zu verkaufen.

Für Nardella offensichtlich unvorstellbar. Er wollte lieber das traditionelle Gewerbe in dem Stadtviertel unterstützen. Immerhin gehört die Altstadt, in der auch der Domplatz liegt, zum Unesco-Welterbe.

Damit will sich McDonald's nicht zufriedengeben. Die Kette verklagt jetzt laut dem "Guardian" die Stadt auf Schadensersatz. Deren Ablehnung sei rechtswidrig. Etwa 18 Millionen Euro will der Konzern für die verpasste Gelegenheit haben.“ Bürgermeister Nardella stellte zudem fest, dass diese Forderung zwar nach geltendem Recht nachvollziehbar sei, "Aber wir haben ebenso das Recht, nein zu sagen."

Man muss sich das mal vorstellen! 18 Millionen Profit NICHT für erwirtschafteten Umsatz, sondern für nicht erzielten Umsatz!

Ein weiteres Beispiel, dieses Mal aus unserem Land:

Nach dem Atomausstiegsbeschluss der Bundesregierung im März 2011 verlangte Vattenfall mehr als 4,4 Milliarden Euro Schadensersatz wegen nutzlos gewordener Investitionen in seinen Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel. Der schwedische Konzern hat 2012 eine Klage vor einem internationalen Schiedsgericht der Weltbankgruppe (ICSID) eingereicht. Mit einem Urteil des **dreiköpfigen !!!** Schiedsgerichts war für Ende 2018 gerechnet worden. Vattenfall schloss zuvor mit der Stadt Hamburg einen Vergleich. Man einigte sich auf 1,4 Milliarden Rückzahlung an Vattenfall - weil sich eine gewählte Bundesregierung endlich mal an den Wählerwillen zum Atomausstieg hielt. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf Verhältnisse, als in dieser Frage der Wählerwille wohl sehr kalkuliert ignoriert wurde.

Was Vattenfall damit demonstrierte, ist doch klar: wenn ihr Demokraten den demokratischen Willen umsetzt, verlangen wir Kapitalisten Schadensersatz! Und deshalb wiederhole ich hier noch einmal und gerne die Passage aus meiner Begrüßung an die Richtsberg-Mieter:

„Es ist weder nach der Hessischen Verfassung noch nach dem Grundgesetz verboten ist, Eigentümer, die nicht zum Wohle aller mit ihrem Besitz agieren, zu enteignen. Und falls sich jetzt schon manche dieser Großkopferten über die „angemessene Entschädigungssumme“ bei einer Enteignung freuen sollten, sage ich: von dieser Entschädigungssumme ziehen wir noch eure bisherigen Profite ab, dann dürft ihr die Augen schließen, und das, was ihr dann noch seht und was dann noch übrig bleibt, - das kriegt ihr.“

Ja, - liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen eine friedliche EU in einer friedlichen Welt!

Ja – wir wollen eine sozial gerechte EU in gerechten, menschlichen und fairen Handelsbeziehungen!

Ja – wir wollen ein Europa der vielen Kulturen und Regionen!

Ja – wir wollen „eine EU – jetzt aber richtig!“

Aber um das zu erreichen, bedarf es mehr als am 26.Mai wählen zu gehen und den braunen und bräunlichen, rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien, auch wenn diese im Gewande Blau-Weiss wie die AfD daher kommen, eine Abfuhr zu erteilen!

Wir müssen uns weiterhin im Sinne von Stéphane Hessel „empören“ und uns engagieren!

Um unserem Ziel näher zu kommen, bedarf es das, was Rosa Luxemburg einmal in einem anderen Zusammenhang als „radikale Reform“ charakterisiert hatte.

Eine „normale Reform“ verändert die Profitmaximierungsbedingungen nur unwesentlich, in der Regel werden sie sogar verbessert. Was wir aber brauchen, sind Reformen, die der Macht des Großen Geldes Grenzen setzen! Was wir brauchen sind Reformen, die diese Macht entscheidend beschneiden! Was wir brauchen sind Reformen, die den Menschen in den Mittelpunkt und als Ausgangspunkt des gesamten gesellschaftlichen und politischen Handelns stellen!

Dafür lohnt es, sich zu empören und zu engagieren!

- gegen Mietenwahnsinn und für preiswerten Wohnraum
- gegen Umweltzerstörung und für eine saubere Umwelt
- gegen Lohnabbau und gegen Tariffucht für eine

menschenwürdige Arbeitswelt

- gegen Geschlechterdiskriminierung und für eine Normalität des Anders-Seins
- gegen Ausländerfeindlichkeit und für offene Grenzen
- gegen Vereinzelung und für eine menschliche, solidarische Gesellschaft
- gegen ein Europa des Kapitals und für ein Europa der Menschen

Und dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, lohnt es sich, am heutigen Tag Kraft zu tanken!

Während meiner ganzen Rede, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich das Gefühl, dass von da oben, auf einer Wolke sitzend, meine Amtsvorgängerin Käte Dinnebjerg sitzt und uns zuschaut. Und die ganze Zeit sitzt sie mir im Nacken und flüstert mir zu: „Pit, nun sag's doch endlich! Sag's!“

Ich will ihr antworten: „Ja, liebe Käte! Ich sag's:

„Der erste Mai ist kein Feiertag! Er ist kein Schulze- und kein Meier-Tag! Weil wir an diesem Tag marschier'n und unsere Einheit demonstrier'n!“

In diesem Sinne wollen wir heute Energie aufladen für all' die Kämpfe, die auf uns warten und gekämpft werden müssen! Wir wollen miteinander Mut schöpfen, um diese Kämpfe zu wagen! Wenn wir heute und morgen solidarisch zusammenstehen, wird es uns übermorgen gelingen!

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit!